

Antrag A.3: Der gewählte Abgeordnete bleibt einfacher Parteigenosse

Antragsteller:in: LAG Die Linke Hilft Schleswig-Holstein, Landessprecher*innenrat
Linksjugend [‘solid] SH, KV Kiel und weitere

Sachgebiet: A - Allgemeine Anträge

1 Im beschlossenen Leitantrag des Chemnitzer Parteitags heißt es: “Wir machen
2 unsere politische Arbeit aus Überzeugung. Wir arbeiten in Parlamenten, um mit
3 Herzblut etwas in der Welt zu verändern.” Abgeordnete unserer Partei sind im
4 Parlament, um unser Programm und unsere Beschlüsse durchzusetzen, nicht um
5 eigene Ziele zu verfolgen oder sich selbst zu bereichern. Die materiellen Interessen
6 von Parlamentarier*innen der Linkspartei müssen sich mit denen der arbeitenden
7 Klasse decken, für die sie kämpfen. Deshalb beschließen wir mit sofortiger Wirkung:

8

- 9 1. Landtags- und Bundestagsabgeordnete der Linken Schleswig-Holstein
10 begrenzen ihr Gesamteinkommen auf ein durchschnittliches
11 Facharbeiter*innengehalt von maximal 2850€ netto (kann an zukünftige
12 Gehaltsentwicklungen angepasst werden). Die Abgaben, die über die
13 bestehenden Mandatsabgaben hinausgehen, gehen in einen Sozialfonds.
14 Mehrausgaben, beispielsweise für die Pflege Familienangehöriger und
15 KiTa-Kosten, für die das Gesamteinkommen vor der Deckelung die
16 Berechnungsgrundlage ist, sowie Bürokosten sind von der Deckelung
17 ausgenommen. Weitere Härtefallausnahmen können beim Landesvorstand
18 beantragt werden. Abgeordnete verzichten auf einen Dienstwagen.
19 Gehaltsdeckelung ist notwendig, denn abgehobene Gehälter führen zu
20 abgehobener Politik.
- 21 2. Landtags- und Bundestagsabgeordnete der Linken Schleswig-Holstein
22 begrenzen ihre Mandatszeit auf insgesamt zwei Wahlperioden. Denn wer zu
23 viel Zeit im Plenarsaal verbringt, verliert den Bezug zu den Menschen, für die
24 wir kämpfen.
- 25 3. Landtags- und Bundestagsabgeordnete räumen der Partei Mitspracherecht
26 bei der Verfügung ihrer Ressourcen ein. Denn politische Organisation ist, was
27 den Parlamentarismus von einem Werkzeug der herrschenden Klasse zu
28 einem Werkzeug der Emanzipation macht.
- 29 4. Beschlüsse der Partei sind für unsere Abgeordneten bindend. Denn
30 Parlamentarier*innen dürfen nie von Dienenden zu Herrschenden werden.

31

32 “Unser Ziel ist nicht bloße Hilfe, sondern Selbstermächtigung und Organisierung der
33 Menschen, um für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gemeinsam
34 zu streiten.” - Leitantrag Chemnitzer Parteitag

Begründung:

Der “Papst des Marxismus” Karl Kautsky schrieb 1904: “Der gewählte Abgeordnete bleibt einfacher Parteigenosse und ist als solcher der Parteidisziplin unterworfen.”
Mit Hinblick auf die kommende Landtagswahl konkretisieren wir in diesem Sinne die Beschlüsse des Chemnitzer Parteitages für die Arbeit in unserem Landesverband.

- Die Forderung nach einer Gehaltsdeckelung bei Abgeordneten hat seit der Pariser Kommune von 1871 eine lange Geschichte in der sozialistischen Bewegung. Im Bundestagswahlkampf war sie ein Alleinstellungsmerkmal für uns. Sie gibt uns Glaubwürdigkeit und hilft, das Vertrauen der Menschen in die Politik wiederherzustellen. Außerdem dürfen Mandate kein Weg sein, sich selbst zu bereichern. Das hat wenig mit Genügsamkeit zu tun. Von 2850€ netto kann man sehr gut leben. Dieser Betrag entspricht etwa einem durchschnittlichen Facharbeiter*innengehalt und liegt weit über dem netto Medianeinkommen in Deutschland. Es ist auch der Betrag, auf den Ines und Jan ihr Einkommen begrenzen. Unser Vorschlag zur Deckelung bezieht sich nicht nur auf die Diät, sondern auf Einkommen aus allen Quellen (d.h. Auch auf Pauschalen, Nebentätigkeiten und auf Kapitalerträge). Auch Bezüge aus besonderen parlamentarischen Tätigkeiten wie der als Fraktionsvorsitz oder parlamentarischer Geschäftsführung sollen nicht ausgenommen sein. Die Arbeit in unseren Fraktionen muss deshalb gerechter verteilt werden. Die Gehaltsbegrenzung hat etwas mit dem Erreichen unserer politischen Ziele zu tun. Die Gelder daraus sind, was die Projekte wie Die Linke Hilft möglich machen und so unsere Arbeit an der Basis und in den Stadtteilen stärkt. Abgehobene Gehälter führen außerdem zu abgehobener Politik. Wenn unsere Abgeordneten materielle Interessen haben, die sich stark von denen der restlichen Klasse unterscheiden, geraten sie unweigerlich in einen Interessenkonflikt. Es geht irgendwann mehr darum, den eigenen, gehobenen Lebensstandard zu erhalten, als sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen. Wenn wir glaubwürdig für die arbeitende Klasse kämpfen wollen, muss für die Menschen da draußen bei unseren Abgeordneten eins klar sein: Das ist eine*r von uns!
- Die Mandatszeit auf zwei Wahlperioden zu begrenzen stärkt uns als Partei. Sie verhindert große Machtkonzentrationen und hilft uns, immer wieder neue Genoss*innen aufzubauen, die den Kampf weiterführen. So werden wir nicht wieder zum Vehikel für die Polit-Karrieren einzelner Parteipromis, die die Partei mit in den Abgrund reißen, wenn sie ihren Willen nicht bekommen. Mandate sind auch keine Versorgungsjobs. Wir treten zu Wahlen an, um unser politisches Projekt voranzubringen. Das bedeutet für Abgeordnete, irgendwann Platz für andere zu machen. Wer zu viel Zeit im Plenarsaal verbringt, verliert außerdem den Bezug zur Außenwelt. Man verlernt, mit den Menschen auf Augenhöhe zu sprechen und zuzuhören. Man sieht die Welt nur noch in Presseberichten auf Bildschirmen. Man bekommt einen parlamentarischen Tunnelblick und vergisst, dass die wirkliche Macht im Kapitalismus in der Wirtschaft liegt.
- Linke Parlamentarier*innen sind keine Ich-AGs. Entscheidungen darüber, wie sie ihre Zeit einsetzen, wo sie Büros eröffnen und was politisch Priorität hat, sind strategische Abwägungen, die die Partei als ganze treffen muss. Deshalb sollten sie wichtige Entscheidungen mit dem Landesvorstand koordinieren und in ständigem Austausch mit den Genoss*innen an der Basis stehen. In Chemnitz haben wir beschlossen, dass unseren Abgeordneten eine wichtige Rolle in der Kampagnenführung zukommt. Besonders als Oppositionspartei findet unsere politische primär Arbeit an den Haustüren, in der Fußgängerzone und am Streikposten statt. Wenn unsere Abgeordneten diese Arbeit vor Ort in den Stadtteilen unterstützen, bauen wir Die Linke als schlagkräftige Organisation mit tiefen Wurzeln auf.
- Demokratie bedeutet, dass Beschlüsse binden. Eigentlich sollte das selbstverständlich sein, aber dass Vertreter*innen der Linken im Bundesrat für Merz Aufrüstungspaket gestimmt haben, zeigt, wie notwendig es ist, dass wir dieses Verständnis von Demokratie hier bekräftigen. Wenn sich gewählte Vertreter*innen unserer Partei über unsere demokratisch gefassten Beschlüsse hinwegsetzen, kann von Parteidemokratie keine Rede mehr sein und alles, was wir hier auf dem Parteitag beschließen, ist Schall und Rauch. Wir betonen immer wieder, wie wichtig es ist, dass wir nach außen mit einer Stimme sprechen.

Die einzige mögliche Grundlage dafür sind unser Programm und unsere Beschlüsse. Sie einzuhalten ist die Voraussetzung dafür, dass wir geeint auftreten können. Abgeordnete, die gegen die Parteidisziplin verstoßen, schaden unserer Glaubwürdigkeit, sie sorgen aber auch dafür, dass sich die Linke als effektive politische Kraft neutralisiert. Für- und Gegenstimmen heben sich gegenseitig auf. Auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sind Verstöße gegen die Beschlusslage undemokratisch. Wenn sich Menschen nicht darauf verlassen können, dass Parteien tun, was in ihrem Programm steht, sind sie bei jeder Wahl gezwungen, die Katze im Sack zu kaufen. Zwischen den Wahlen haben sie keine Kontrolle über das, was Politiker*innen tun. Wenn Abgeordnete einer starken Mitgliederpartei gegenüber verantwortlich sind, wird die parlamentarische Demokratie von einem Werkzeug der herrschenden Klasse zu einem Werkzeug der Befreiung.

weitere Unterstützer*innen:

Sophia Spargel - Linksjugend [‘solid] SH, Jonas

Thiel - KV Kiel, Justin Bednarek - KV Kiel/ Linksjugend [‘solid] SH, Pascal Knüppel -

KV Kiel/ Linksjugend [‘solid] Kiel und SH, Miles Pötzsch - KV Schleswig-Flensburg,

Marc-André Bornkessel - Kreissprecher Herzogtum Lauenburg, Philipp Krieger-KV

Schleswig Flensburg, Johanna Isabel Klitzschmüller - KV Kiel und Beisitzerin im

Landesvorstand, Jannik Oldekop - Linksjugend [‘solid] SH, Florenz

Niemand-Marquardt - KV Lübeck, Lennart Niemeyer - KV Neumünster, Mia Koring -

KV Nordfriesland, Gerrit Schienke - KV Kiel, Ina-Marie Langhans - KV Lübeck und

Beisitzerin im Landesvorstand, Greta Luise Kühligier- KV Steinburg, Mareike Tretow -

KV Neumünster, Jolyn Muijers - KV Flensburg, Marianne Kolter - Kreissprecherin

Pinneberg / Delegierte Parteirat, Uli Schippels - KV Kiel